Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen .... 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 18 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Donnerstag den 22. Januar 1931** **56. Jahrgang**

Wirtschaftliche Umschau.

Die Inventur-Ausverkäufe sind oder gehen jetzt zu Ende. Die Geschäftsleute haben ihnen in diesem Jahre im allgemeinen sehr skeptisch gegenübergestanden, da man sich sagte, in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und Geldknappheit, die noch erschwert wurde durch neue Entlassungen zahlreicher Angestellten und Arbeiter gerade kurz vor dem Beginn der großen Jahres-Ausverkäufe, kann von einem Geschäft in größerem Umfang wohl kaum die Rede sein. Die Praxis hat den Zweiflern Unrecht gegeben, vielmehr konnte man fast überall mit dem diesjährigen Ergebnis der Inventur-Ausverkäufe zufrieden sein, die sich in den ersten Tagen meist einer sehr stürmischen Nachfrage erfreuten, so daß in den Großstädten mehrfach die Kaufhäuser wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußten. Wohl hat der Andrang dann in den nächsten Tagen etwas nachgelassen, doch waren die Umsätze auch dann noch ziemlich bedeutend, ein Zeichen dafür, daß in der Bevölkerung ein sehr großer Warenhunger herrscht und daß der notwendige Bedarf offensichtlich auf die billige Einkaufsmöglichkeit bei der Inventur zurückgestellt wurde. Allerdings hat sich in diesem Jahre auch eine gewisse Umschichtung in den Einkäufen vollzogen. Statt der früher am meisten verlangten Ware in mittlerer Preislage sind die Käufer zu den billigen Angeboten übergegangen, da das Geld sehr knapp ist und man notgedrungen auf die bessere Ware verzichten muß. Daraus erklärt es sich auch, daß erstklassische Qualitäten nur sehr selten verlangt wurden. Ueberhaupt wird das finanzielle Ergebnis der Inventurverkäufe in diesem Jahre geringer sein als im Vorjahr, denn, obwohl in den meisten Städten mehr Käufer kamen, waren die Umsätze auf den einzelnen Käufer umgerechnet geringer wie in früheren Jahren. Gute Geschäfte haben nur die Abzahlungsgeschäfte gemacht. Das muß ebenfalls als ein Zeichen der Zeit gewertet werden. Dabei seufzen die Kaufleute heute ganz allgemein unter der stark eingerissenen Borgwirtschaft, aber sie sind letzten Endes immer wieder zu Zugeständnissen gezwungen, wenn sie überhaupt verkaufen wollen.

Die an sich schlecht beschäftigte Schiffahrt, auf dem Rhein war noch mehr Schiffsraum angefordert wie auf dem Main und Neckar, unterlag in der letzten Woche Unterbrechungen durch den Nebel und die drohende Eisgefahr. So mußte die Mainschiffahrt mehrfach gesperrt werden, was umsomehr ins Gewicht fiel, als durch die kältere Witterung Kahnraum zu Kohlentransporten angefordert wurde, der natürlich nicht gestellt werden konnte. Augenblicklich ist nämlich die sogenannte zweite Winterversorgung der Industrie und der Bevölkerung im Gange, besonders die letztere hat jetzt einigen Bedarf, da sich verhältnismäßig wenige Familien im Sommer mit ausreichendem Winterbrand eindecken konnten. Die Industrieversorgung ist minimal, kein Wunder, wenn ein großer Teil der Fabriken nur zu 40 bis 50 Prozent arbeitet und ein anderer überhaupt still liegt. Naturgemäß müssen die Haldenbestände im Ruhrgebiet mehr und mehr wachsen und die Frage erweiterter Feierschichten schwebt als neue Gefahr über dem Haupt der ohnehin stark mitgenommenen Bergarbeiter. Wenn jetzt von einigen Zechen auch noch die Verkokung abgedrosselt wird, da sich auch die dabei anfallenden teueren Nebenprodukte nur schwer verkaufen lassen, dann bedeutet dies auf der anderen Seite vermehrte Arbeitslosigkeit und neues Elend.

Von dem Plane des Reichsfinanzministers, gewissen Unternehmungen Zuschüsse zu zahlen, um sie zu veranlassen, bisherige Arbeitslose einzustellen, hat man nichts mehr gehört. Der Vorschlag ist bekanntlich fast überall auf Ablehnung gestoßen, so daß man annehmen darf, daß er in dieser Form kaum verwirklicht werden wird. In der Tat sind ja auch die praktischen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Dietrichschen Pläne ergeben, außerordentlich groß. Welche Betriebe sollen die Reichsgelder erhalten? Wie groß sollen die Summen sein, die für die Lohnzuschüsse aufgewendet werden? Diese und andere Fragen, die sehr schwer zu beantworten sind, erheben sich sofort, wenn man an die Verwirklichung des Dietrichplanes geht. Das größte Bedenken ist aber ein solches grundsätzlicher Natur: schließlich kommt das Rezept des Reichsfinanzministers doch wieder auf eine Unterstützung privater Betriebe durch Steuergelder hinaus — ein sehr gefährliches Experiment, mit dem wir in den letzten Jahren bekanntlich viel böse Erfahrungen gemacht haben. Diese Erfahrungen schrecken davon ab, die Versuche zu wiederholen. Vielleicht kann man dem Problem von einer anderen Seite beikommen, etwa dadurch, daß man die Arbeitszeit der jetzt noch beschäftigten Arbeiter verkürzt und dafür weitere, bisher erwerbslose Arbeiter einstellt, um die Produktion auf der gleichen Höhe zu halten. Man könnte dann die Arbeiter, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit Lohnausfälle erleiden, vielleicht durch Reichszuschüsse entschädigen. Das läge dann ebenfalls im Sinne des Dietrichschen Vorschlags, daß man statt Stempelgelder Lohngelder geben soll, hätte aber nicht den üblen Beigeschmack der Subventionierung privater Betriebe durch öffentliche Gelder. Bekanntlich haben die Gewerkschaften schon vor längerer Zeit den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit zu verkürzen und neue Arbeitskräfte einzustellen. Der Vorschlag hat damals auf der Unternehmerseite keine Gegenliebe gefunden, weil die Gewerkschaften für die Arbeiter selbstverständlich auch bei verkürzter Arbeitszeit ungefähr den gleichen Lohn verlangten. Der neuerdings aufgetauchte, eben erwähnte Vorschlag, die Lohnausfälle durch Reichszuschüsse zu decken, scheint uns jedenfalls der ernstesten Prüfung aller beteiligten Kreise wert. Gegenwärtig beschäftigen sich die zuständigen amtlichen Stellen mit einer eingehenden Untersuchung des ganzen Problems. Man möchte wünschen, daß diese Untersuchung recht bald zu positiven Ergebnissen führt, denn es ist wirklich höchste Zeit, daß in der Frage der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß endlich einmal irgend etwas geschieht.

Daß bei den heutigen ungemein schwierigen Zeitläuften sich auch Handel und Wandel nicht bessern können, ist einzusehen. Die Börse, mit das feinste Wirtschaftsbarometer, zeigte sich auch in der abgelaufenen Woche sehr verstimmt. Einzig und allein die günstigen Mitteilungen in der Frankfurter J. G. Aufsichtsratssitzung konnte den chemischen Papieren ein wenig aufhelfen. Sonst war es still und geschäftslos, also eine Fortsetzung des seit Wochen schon bestehenden Zustandes.

Polen auf der Anklagebank

Der große Tag in Genf. — Curtius rechnet ab. — Zaleski bekommt heimgeleuchtet.

Genf, 21. Januar.

Die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die drei deutschen Beschwerden wegen der Wahlvorgänge in Oberschlesien, Pommerellen und Posen wurden heute vormittag in öffentlicher Sitzung unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson eröffnet.

Die Klage Deutschlands gegen Polen vor dem Völkerbund steht völlig im Vordergrunde der gegenwärtigen Ratsverhandlungen. Die große politische Tragweite des Völkerbundsverfahrens gegen Polen wird allgemein uneingeschränkt anerkannt. Zum ersten Male wird vor dem Völkerbundsrat der durch die willkürliche Grenzziehung im Osten Europas geschaffene, für Deutschland untragbare Zustand von deutscher Seite aufgerollt. Damit gewinnen die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage hinaus grundsätzliche politische Bedeutung.

Es besteht allgemein der Eindruck, daß man auf englischer Seite die Vorgänge in Oberschlesien außerordentlich ernst nimmt und daß der Präsident des Völkerbundsrates, der englische Außenminister Henderson, sich dafür einsetzen wird, daß die Verantwotung der polnischen Regierung festgestellt, Garantien geschaffen werden, die derartige Vorkommnisse für die Zukunft ausschließen und daß eine grundlegende Aenderung der Haltung der polnischen Regierung in Oberschlesien herbeigeführt wird. In Kreisen der polnischen Abordnung ist deutlich eine starke Unsicherheit und Nervosität zu spüren.

•

Die Sitzung des Völkerbundsrates wird kurz nach 10.30 Uhr eröffnet. Der Sitzungssaal ist brechend voll. Die Diplomatenlagen und Pressetribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sieht man u. a. den Präsidenten der gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtskommission, Calonder. Im Saale herrscht gespannteste Aufmerksamkeit. Henderson erteilt zuerst dem Berichterstatter, dem japanischen Gesandten in Paris, das Wort, der lediglich einige Mitteilungen geschäftsordnungsmäßiger Art macht, worauf Henderson Dr. Curtius das Wort erteilt. Dr. Curtius verliest seine Rede von einem Manuskript, das 31 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Anschließend findet die französische und englische Uebersetzung statt.

Curtius' Anklagerede.

Reichsaußenminister Dr. Curtius führte u. a. aus:

So sehr auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, so wurde doch alles übertroffen durch das Maß der Leiden, das die deutsche Bevölkerung in Polen vor den polnischen Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können.

Die polnische Regierung hätte nicht nötig gehabt, uns daran zu erinnern, daß eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter eines Streites zwischen zwei Staaten tragen dürfe, sondern daß sie eine reine Völkerbundsangelegenheit ist. Ich bin mit dieser Auffassung ganz einverstanden und dränge mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundsrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantiepflichten für die Befolgung der Minderheitenrechte sorgt.

Wir denken nicht daran, zu leugnen, daß uns mit den Deutschen, die jetzt jenseits der Grenze unter fremder Oberhoheit leiden, ein starkes inneres Band verknüpft.

Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort dieser Rechte unwiederbringlich verloren gehen wird. Das traurige Verzeichnis der Gewalttaten der Minderheitenbeschwerden zeigt, daß von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art moralischem Zwange alle Mittel angewandt worden sind, die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben.

Dr. Curtius erinnerte sodann an die einzelnen Vorfälle in Hohenbirken, Ober-Wiloza, Sorau und Golassowitz und wies auf die Rolle des Aufständischen-Verbandes bei den Terrorakten hin. Die Erinnerung an die Schreckenstaten der Aufstandszeit, so fuhr Curtius fort, ist heute noch in der ganzen deutschen Bevölkerung lebendig. Ist es ein Wunder, daß die Angehörigen des Aufständischen-Verbandes, mit Rücksicht auf ihre besonderen Beziehungen zu den Verwaltungsbehörden, in erster Reihe dem Woiwoden, glaubten, in deren Sinn zu handeln, als sie die aus den Zeiten der Aufstände ihnen vertrauten alten Methoden der Terrorisierung und blutigen Mißhandlung wieder aufnahmen?

Curtius ging sodann auf die polnische Behauptung ein, der deutschen Minderheit sei es nicht schlechter ergangen als anderen Gruppen der Opposition. Welche Methoden die polnische Regierung gegenüber ihrer Opposition für richtig hält, ist ihre Sache. Ich bin weit davon entfernt, solche innere Angelegenheiten vor diesem internationalen Forum offen berühren zu wollen. Anders liegt die Frage allerdings schon hinsichtlich der übrigen Minderheiten, wie z. B. der ukrainischen.

Wenn sich die aufsehenerregenden Nachrichten, die über die auch hier verübten Gewalttaten durch die internationale Presse gegangen sind, bestätigen, so wird sich der Rat gegebenenfalls auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Auf keinen Fall kann mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minderheiten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden.

Dr. Curtius behandelte sodann die dritte deutsche Note über die Wahlvorfälle in Posen und Pomerellen. Die polnische Regierung habe geglaubt, darauf hinweisen zu können, daß alle diese Vorkommnisse, deren erheblichen Umfang sie nicht bestreite, mehr oder weniger auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien. Dieser polnische Einwand zwingt mich, so erklärte Dr. Curtius, hierzu Stellung zu nehmen.

Die unveränderliche Haltung aller bisherigen deutschen Regierungen und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu den politischen Fragen sind überall in der Welt bekannt. Ich bin weit entfernt, sie in irgend einer Richtung abschwächen zu wollen. Ich verleugne sie auch hier nicht. Aber fest steht, Deutschland denkt nicht daran, diese Ziele mit anderen als verkraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen.

Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige

Minderheitenpolitik in Deutschland,

insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens, etwas anderes verdient, als wegen irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden. Die verantwortlichen Behörden des Gebietes schreiten schärfstens gegen jeden Uebergriff ein. Curtius wies darauf hin, daß die polnische Regierung in ihrem Gegenmemorandum die Maßnahmen mitgeteilt habe, die sie bereits wegen der Vorkommnisse in Ostoberschlesien getroffen habe. Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Aber auch, wenn auf diese Art für die Vergangenheit Sühne geschaffen worden ist, darf der Völkerbundsrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben auch dafür Sorge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen,

Wenn nicht die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird und wenn nicht eine Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziele zu dem vom Völkerbund proklamierten Grundsatz des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz stehen, so bleiben die Minderheiten immer wieder der Rechts- und Schutzlosigkeit ausgesetzt.

Diesem Grundsatz entsprechend wird der Völkerbundsrat seine Maßnahmen zu treffen haben.

Zaleskis Ausflüchte.

Der polnische Außenminister Zaleski gab unmittelbar nach der Erklärung des deutschen Außenministers seinerseits eine Erklärung ab, in der er u. a. Folgendes ausführte:

Die Ursache für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Mehrheit und der Minderheit liege in der Rede des deutschen Reichsministers Treviranus, die in Polen einen allgemeinen Umschwung in der Stellung zu den Minderheiten herbeigeführt hat. Die Kampagne jenseits der polnischen Grenze für eine Rückgabe Oberschlesiens an Deutschland hat eine steigende Erregung und Unzufriedenheit geschaffen, und auf diese Stimmung sind die in den deutschen Noten erwähnten Vorgänge zurückzuführen. Die Minderheiten in Oberschlesien müssen jetzt vor ihren eigenen Beschützern geschützt werden.

Zaleski trat sodann den Ausführungen Dr. Curtius entgegen, nach denen die Lage der polnischen Minderheiten in Oberschlesien in keiner Weise mit der fortgesetzten Unterdrückung der deutschen Minderheiten in Polen verglichen werden könne. Er fuhr fort:

Die polnische Regierung bestreitet nicht, daß sich unzulässige Vorfälle während der Wahlen ereignet haben. Sie sind jedoch allein auf die ungewöhnlich erregte Stimmung während der Wahlen zurückzuführen. Die polnische Regierung hat bereits ein Strafverfahren gegen die Schuldigen eröffnet und ein Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Beamten in Aussicht genommen.

In einer Reihe von Fällen ist bereits das Urteil der Gerichte gefällt. Es handle sich in der überwiegenden Mehrzahl aller Klagen um Fälle von ganz geringer Bedeutung, wie das Einschlagen von Fensterscheiben.

Die Vorgänge sind übertrieben und entstellt worden,

so behauptete Zaleski. Der Aufständischen-Verband ist keineswegs eine privilegierte Organisation. Dr. Curtius kann aus seinen eigenen Erfahrungen mit dem deutschen Stahlhelm selbst wohl einiges darüber mitteilen, welche Rolle der Stahlhelm bei den letzten Reichstagswahlen gespielt hat. Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß dieser Verband für die deutschen Wahlvorgänge verantwortlich ist. Der deutsche Stahlhelm betone mit besonderem Stolz, daß

der Reichspräsident von Hindenburg

sein Ehrenvorsitzender ist. Jedoch kann man wohl kaum den deutschen Reichspräsidenten für alle Handlungen des Stahlhelms verantwortlich machen.

Die Vorfälle in Oberschlesien auf ihren wahren Tatbestand zurückgeführt, zeigen, daß ihnen keinesfalls die von deutscher Seite beigemessene Bedeutung zukommt. Die polnische Regierung hat bereits die Schuldigen bestraft und eine Entschädigung der tatsächlich Geschädigten geleistet.

Zaleski erklärt sodann, er könne dem Völkerbundsrat die Versicherung abgeben, daß die Politik der polnischen Regierung eine endgültige Aussöhnung der deutschen Minderheit in der polnischen Mehrheit mit allen Mitteln zu fördern suche. Im Prinzip nehme er die Forderung des Deutschen Volksbundes an, der Bestrafung der Schuldigen, Entschädigung der Geschädigten und Aufhebung der Vorrechte des Aufständischen-Verbandes gefordert hatte.

Zaleski behauptete, die Schuldigen seien bereits bestraft worden. Eine Entschädigung wäre bereits gewährt worden. Ein Zusammenhang zwischen dem Aufständischen-Verband und der polnischen Regierung bestehe nicht.

Kräftige Abfuhr durch Curtius.

Reichsaußenminister Dr. Curtius nahm noch in der Mittwoch-Mittagsitzung des Völkerbundsrates das Wort, um dem polnischen Außenminister Zaleski zu antworten. Curtius führte u. a. aus: Die Wahlentrechtung und Gewalttaten gegenüber den deutschen Minderheiten können durch eine Fülle von Tatsachen in allen Einzelheiten nachgewiesen werden. Es liegen 30 000 Einsprüche gegen die polnischen Wahllisten vor. Zaleski hat sich geirrt, wenn er annimmt, daß wir von 30 000 Streichungen gesprochen hätten.

Es ist höchst bemerkenswert, daß die polnische Regierung jetzt selbst 5000 Wahlstreichungen zugibt.

Hierdurch werden blitzartig die ganzen unmöglichen Verhältnisse in Oberschlesien beleuchtet. Es liegen eindeutige Beweise vor, daß statt der gesetzlichen und geheimen Stimmabgabe unter dem Druck der Behörden und der verschiedenen Verbände offene Wahlen erzwungen sind.

Zum Beweis dieser Tatsache verliest Curtius eine Reihe von Drohbriefen verschiedener Verbände an die deutschen Wähler, in denen die deutschen Minderheitsangehörigen zur offenen Wahl gezwungen worden sind.

Noch in den Wahlen vom Mai 1930 hat die deutsche Minderheit über 190 000 Stimmen verfügt, während für sie im November 1930 bei den Sejmwahlen nur 90 000 Stimmen abgegeben worden sind. Dieser außerordentliche Rückgang der deutschen Wahlstimmen findet seine Erklärung nur durch den Terror, der von polnischer Seite bei den Wahlen ausgeübt worden ist.

Die polnische Regierung hat selbst den Beweis für die Terrormaßnahmen erbracht, indem der polnische Außenminister auf die zahreichen, gegen polnische Beamte eingeleiteten Strafverfahren hingewiesen hat.

Dr. Curtius unterstrich im weiteren Verlauf die völlig andere Lage, in der sich die polnische Minderheit in Deutschland befindet. 51 polnische Minderheitenschulen seien von deutscher Seite geschaffen worden, von denen jedoch nur 28 benutzt würden und 23 leer stünden, weil die polnische Minderheit in Deutschland es vorziehe, ihre Kinder in deutsche Schulen zu senden. Die Wahl in den deutschen Minderheitsgebieten vollziehe sich frei, nirgends gäbe es in Deutschland einen Ort, wo bewaffnete Aufständische die Durchführung der Wahl kontrollieren.

Ich habe zunächst keinen Anlaß gehabt, die in diesem Zusammenhang stehenden grundsätzlichen politischen Fragen aufzuwerfen, jedoch habe ich mich nicht gescheut, offen zu erklären, wie Deutschland über

das unerträgliche Unrecht an den deutschen Ostgrenzen

denkt. Durch das Unrecht im Osten wird die allgemeine Atmosphäre vergiftet, nicht durch die Reden des deutschen Ostministers. Briand hat mit Recht bereits einmal erklärt, daß der Völkerbund verpflichtet ist, offen auch unbequeme Fragen zu behandeln. Ich will jedoch offen darüber reden, welche Ziele das gesamte deutsche Volk verfolgt und stelle von neuem fest, daß das deutsche Volk diese großen Ziele nur auf friedlichem Wege erstrebt.

Ich habe alle Veranlassung weiter darauf hinzuweisen, daß nach deutscher Auffassung die Terrormaßnahmen Polens gegen die Minderheit nur ein Glied einer langen Kette einer Entdeutschungsmaßnahme seit dem Jahre 1919 darstellt. Seit diesem Jahre sind dreiviertel Millionen Deutsche aus Polen verdrängt worden, lediglich infolge der Terrormaßnahmen der polnischen Regierung.

Der Stahlhelm ist kein Aufständischenverband und hat niemals Gewaltakte gegen Minderheiten vorgenommen. Der Aufständischenverband ist hingegen von der polnischen Regierung unterstützt worden.

Dr. Curtius erklärte sodann mit erhobener Stimme, er lehne mit größter Entrüstung die Parallele zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Woiwoden Grafzinski ab: derartige Vergleiche sind verwerflich.

Es besteht eine alte Gepflogenheit in allen Parlamenten, die Staatsoberhäupter nicht in die Debatte zu ziehen. Der Reichspräsident von Hindenburg, dessen Gerechtigkeitssinn und Pflichtbewußtsein der ganzen Welt bekannt ist, darf nicht mit dem polnischen Woiwoden Grafzinski verglichen werden,

Ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Minderheitenbestimmungen der Genfer Konvntion anerkennt, ein Strafverfahren gegen die Schuldigen eingeleitet hat und sich zum Ersatz der geschädigten Angehörigen der deutschen Minderheit bereit erklärt. Von entscheidender Bedeutung ist aber jetzt für die deutsche Regierung,

daß in Zukunft derartige Dinge unmöglich werden.

In diesem Zusammenhang muß die Gesamtorganisation des Aufständischenverbandes behandelt werden. Die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundsrates muß der deutschen Minderheit Gewähr geben, daß der Völkerbundsrat der Hort der Minderheiten ist.

Der Pole in der Enge.

Auf Curtius zweite Rede erwiderte sofort der polnische Außenminister Zaleski. Die Erwiderung fiel aber ungewöhnlich schwach aus. Auf Curtius schwere Angriffe gegen den Woiwoden Grafzynski blieb Zaleski die Antwort schuldig. Eine Erwiderung auf die schroffeste Rückweisung der Erwähnung des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Curtius war Zaleski gleichfalls nicht möglich. Der polnische Außenminister begnügte sich mit dem Hinweis, daß die deutschen schlesischen Gerichte eine polnische Minderheitenschule mit der Begründung geschlossen hätten, sie sei gegen den preußischen Staat gerichtet. Die Revisionsinstanz habe das Urteil jedoch aufgehoben. Dies zeige, daß auch in Deutschland Irrtümer bei unteren Instanzen vorkämen.

Die Sitzung wurde darauf abgebrochen und die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vormittag vertagt. Am Mittwoch abend um 18 Uhr trat der Europäische Ausschuß zu einer neuen Sitzung zusammen.

Danzig doch nicht vergessen

Curtius beantragt Aufnahme in den Europaausschuß.

Genf, 21. Jan. Im Europäischen Ausschuß machte Curtius den Vorschlag, zur kommenden Maitagung des Ausschusses oder vorher schon die Freie Stadt Danzig zur Teilnahme einzuladen. Dieser Vorschlag führte zu einer lebhaften Aussprache, in der Briand mit dem Hinweis auf eine Prüfung der juristischen Seite diese Frage zu verschleppen suchte. Dem widersprach Curtius. Schließlich wurde die Aussprache mit der Feststellung Briands geschlossen, daß diese Angelegenheit zunächst noch geprüft werden müsse.

Politische Tagesschau.

Polnischer Rundfunkschwindel.

Mit welchen Mitteln die polnische Propaganda arbeitet, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen und über den wahren Sachverhalt zu täuschen, geht aus einer Meldung der „Oberschlesischen Volksstimme" hervor. Danach verbreitet der Kattowitzer Rundfunksender in diesen Tagen Nachrichten über die Genfer Völkerbundsratsverhandlungen in deutscher Sprache, wobei die übliche Ansage „Polski Radio Katowice" fortgelassen wird. Bei den Hörern wird also der Eindruck erweckt, als ob die Nachrichten, die natürlich völlig im polnischen Sinne gehalten sind, von einer deutschen Stelle verbreitet werden.

Zahlreiche Verhaftungen in Moskau.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich in der letzten Zeit eine starke Krise in der Versorgung der Stadt Moskau und ihrer Umgebung mit Gemüse bemerkbar gemacht. Die GPU. hat festgestellt, daß eine Gruppe Personen, die Beziehungen zu den Moskauer Genossenschaftsverbänden unterhält, eine großzügige Aktion zur Erhöhung der Gemüsepreise durchführt. Es wurden zahlreiche Personen verhaftet und nach Sibirien verbannt. In dieser Woche wurden bereits 220 Personen nach Sibirien verbannt.

Aufdeckung einer Verschwörung in Indien.

Bei einer Gerichtsverhandlung gegen 25 Personen in Bombay wurde eine große Verschwörung aufgedeckt. Aus beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß Mordanschläge auf höhere Polizeioffiziere geplant waren. Durch Ankauf von Schatzanweisungen und Boykott der Sparkassen und Regierungsanleihen wollte man die Regierung finanziell aushungern. In Amerika sollte eine Propaganda einsetzen, um die Amerikaner gegen die englische Herrschaft in Indien aufzurufen.

Hoover für Beibehaltung der Prohibition.

Präsident Hoover fügte dem Prohibitionsgericht ein Schreiben an den Kongreß bei, in dem er einerseits auf die Unvollkommenheit der Prohibitionsgesetzgebung verweist, andererseits jedoch eine Beibehaltung des gegenwärtigen Systems befürwortet.

*

Washington. Nach einer nichtamtlichen Mitteilung seien die Vereinigten Staaten bereit, die Bemühungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich um eine Lösung des Goldproblems zu unterstützen.

Berlin. Der gegen die Kriegsschuldlüge gerichtete Film „1914" fand bei seiner ersten Vorführung anhaltenden Beifall.

Paris. Der Innenminister verfügte die Ausweisung eines Italieners und eines Russen, die für Rechnung einer deutsch-holländischen Gruppe an der Wertpapierbörse dem französischen Interesse schädliche Manöver ausgeführt haben sollen.

Aus der Heimat

Donnerstag den 22. Januar 1931

Laasphe:

* **Fürstin Marie †.** Heute vormittag gegen 11 Uhr entschlief Ihre Durchlaucht Marie, Fürstin-Witwe zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, geb. Prinzessin zu Bentheim-Bentheim und Bentheim-Steinfurt. Die hohe Entschlafene wurde geboren am 26. Oktober 1843, hat also ein Alter von 87 Jahren erreicht.

* **Die Rote Brücke.** Ein Segen wäre es, wenn durch Bewilligung der beantragten staatlichen Beihilfe der geplante Bau einer festen Betonbrücke in diesem Sommer endlich zustande käme. Denn die Rote Brücke ist in sehr schlimmem Zustande. Das Geländer ist zwar notdürftig repariert, aber die im Bohlenbelag geflickten Stellen sind schon wieder teilweise morsch, sodaß leicht einmal ein Pferd mit dem Fuße einbrechen kann. Erinnert sei bei der Gelegenheit daran, daß im vorigen Jahre ein Pferd eines Holzfuhrwerks beim Ausschlagen der Deichsel durch das abbrechende Geländer an der Ostseite der Brücke abstürzte und eine zeitlang zwischen Himmel und Erde schwebte, was, wie Augenzeugen berichten, ein ganz grausiger Anblick gewesen sein soll. Dem armen Tier, das nach Durchschneiden des Geschirrs in das Wasser fiel, war zum Glück weiter nichts passiert. Aber es könnte genau so gut sein, daß in einem solchen Falle auch das zweite Pferd samt Wagen und Fuhrmann mit in die Tiefe gerissen würden. Sollte es aus der Beihilfe nichts werden, was sich in Bälde entscheiden wird, muß die alte Brücke natürlich so bald als möglich gründlich repariert, das heißt Tragbalken, doppelter Bohlenbelag und Geländer erneuert werden, was einige tausend Mark Kosten verursachen würde. In wenigen Jahren hätten wir dann den alten kläglichen Zustand wieder. Außerdem liegt die jetzige Brücke nicht in der Wegerichtung, was für Langholzfuhrwerke besonders ein großes Uebel ist. Gleichzeitig mit dem Brückenbau ist eine Flußregulierung vorgesehen, die ebenfalls notwendig ist. Aus allem Gesagten wird wohl zur Genüge hervorgehen, daß der Bau einer festen Brücke und die ihn erst ermöglichende Beihilfe einem großen Notstand und dringenden Bedürfnis abhelfen würde.

*

—* **Ehrt den Pfennig!** Ich rede dem Pfennig das Wort. Nicht aus Treue zu alter Sitte und überkommenem Gut, nicht, weil er Vätern und Ahnen so viel bedeutet hat, daß sie das sittlich-ernste und tiefe Wort um ihn geprägt: Wer den Pfennig nicht ehr, ist des Talers nicht wert, sondern aus Gründen, die um den heutigen Tag und die heutige Stunde gehen. Denn der Pfennig ist noch unter uns, körperhaft und vielmals am Tage jedem begegnend, ist die Rechnungshoheit der deutschen Währung und muß als solche anerkannt und gewertet werden. Aber nicht nur um seiner äußeren rechnerischen Bedeutung willen, sondern weil er für Jeden ein sittliches Gesetz sein muß, daß er ein jedes Gut getreulich verwaltet. Denn dieses und gerade dieses heißt Bildung! Nicht das Wissen, das einer erwirbt, nicht die Kenntnisse, die einer gewinnt, bilden den Menschen oder machen, daß andere ihn gebildet nennen dürfen, sondern einzig und allein dieses, daß er mit allen seinen Kräften das ihm erreichbar Beste tue! Denn alles, was unsere Bildungsarbeit angeht, auch eines Vereines und selbst eines großen Verbandes auf vielfachen Wegen erstrebt, geht doch immer nur zu diesem Einen, daß der Mensch alle seine Kräfte zu ihrer äußersten Spannung zu nutzen lerne. Darum hütet und ehrt auch den Pfennig!

—* **Geheime Abstimmungen in den Gemeindeparlamenten unzulässig.** In der Praxis kommt es oft vor, daß über gewisse Fragen in den Gemeindeparlamenten geheim durch Abgabe von Stimmzetteln abgestimmt wird. Auch sehen viele Geschäftsordnungen eine derartige Abstimmung auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern vor. Ein derartiges Abstimmungsverfahren ist — abgesehen von Wahlen kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift — unzulässig, und Beschlüsse, die auf diese Weise zustande gekommen sind, sind ungültig. Dies hat das Oberlandesgericht in ständiger Rechtsprechung ausgesprochen. Die Unzulässigkeit eines geheimen Abstimmungsverfahrens geht schon daraus hervor, daß nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Vorsitzende bei einer Stimmengleichheit den Ausschlag gibt, also damit gerechnet werden muß, daß durch die Abstimmung bekannt wird, wie der Vorsitzende selbst gestimmt hat. Außerdem würde das geheime Abstimmungsverfahren im Widerspruch stehen mit dem Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit, die nur in bestimmten Fällen aufgehoben werden kann. Die Gemeindevertretungen tun daher gut daran, der gegebenen Rechtslage Rechnung zu tragen, wenn sie der Ungültigkeit von Beschlüssen und den daraus erwachsenden Folgen begegnen wollen. Im übrigen ist das geheime Abstimmungsverfahren, ganz abgesehen von den Rechtsgründen, auch deswegen zu verwerfen, weil es geeignet ist, das Verantwortungsgefühl des einzelnen zu schwächen, und weil es leicht zu ungewollten Zufallsergebnissen führt.

*

Reichsgründungsfeier des Kriegervereins Erndtebrück.

Die Gründungsfeier des Deutschen Reiches, die der Kriegerverein Erndtebrück am Sonntag abend veranstaltet hatte, gestaltete sich zu einer erhebenden, von wahrhaft vaterländischem Geist getragenen Veranstaltung. Als Einleitung trug die Hauskapelle den Marsch „Hoch Heidecksburg" vor. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste durch den Vorsitzenden, Kamerad Belz, nahm Kamerad Ellerbrock das Wort zu der eigentlichen Festansprache. Wir entnehmen derselben folgendes:

Wir sind heute hier zusammengekommen, um des 60. Reichsgründungstages zu gedenken, also gewissermaßen die Geburtstagsfeier unseres Vaterlandes zu begehen. Während der 60. Geburtstag im Leben eines Menschen einen gewissen Abschluß bedeutet, mit dem die Hauptarbeit als getan zu betrachten ist, bedeuten 60 Jahre im Leben eines Volkes nur eine kurze Spanne Zeit. Wenn diese 60 Jahre auch große Geschehnisse und ungeahnte Erfolge aufzuweisen haben, so entbehren sie auch nicht eines abgrundtiefen Niederganges. Wir hegen aber die feste Zuversicht, daß unserem Volke ein neuer Aufstieg beschieden ist und daß es gilt, noch größere Aufgaben zu lösen. In unserer schnellebigen Zeit, die nichts kennt als Hasten und Jagen, ist es nötig, daß wir uns von Zeit zu Zeit eine kurze Pause der Selbstbesinnung gönnen, um uns klar darüber zu werden, wo wir eigentlich stehen und wohin wir gehen. Hierzu ist kein Tag

geeigneter als der Geburtstag. Ehe man den neuen Lebensabschnitt beginnt, soll man noch einmal den rückwärts liegenden Weg betrachten und die Ereignisse überschauen. Nicht um das, was als verloren zu betrachten ist, zu beklagen, oder bei dem Erreichten auszuharren, sondern um aus der Vergangenheit zu lernen, wie wir uns die Zukunft gestalten müssen. So soll uns denn der 18. Januar 1931 ein Tag zu innerer Einkehr sein, der uns an den zurückliegenden Ereignissen den Kurs erkennen läßt, den wir in Zukunft einschlagen müssen. Nicht ohne besonderen Grund ist die Feier der Reichsgründung auf den 18. Januar festgesetzt worden, ist dieser Tag doch für Preußen und somit auch für das deutsche Reich von großer historischer Bedeutung.

Am 18. Januar 1701 war es, als sich der damalige Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg die preußische Königskrone aufs Haupt setzte, womit der Eckpfeiler errichtet war zu dem festen und stolzen Gebäude, das einst die Inschrift „Deutschland" tragen sollte. 160 Jahre später, am 18. Januar 1861, weihte König Wilhelm I. 142 neue Fahnen und Standarten vor dem Denkmal Friedrich des Großen zu Berlin. Die mahnenden Worte, die der König bei dieser denkwürdigen Handlung sprach, verdienen nicht nur von uns, sondern auch von kommenden Geschlechtern gehört und beherzigt zu werden. „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und in der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärke seiner Wehrkraft, liegen die Bedingungen seiner Macht." Weitere zehn Jahre später, am 18. Januar 1871, vollzog sich unter dem Donner der französischen Belagerungsgeschütze ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung: Die Wiederaufrichtung des deutschen Kaisertums und damit die Vereinigung aller deutschen Stämme und die Gründung des deutschen Reiches. Bei der Eröffnung des ersten Reichstages schloß der Kaiser mit den Worten: „Möge die Wiederherstellung des deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein; möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."

Dieser Wunsch sollte bald in Erfüllung gehen. Für Deutschland begann ein glanzvoller und schneller Aufstieg. Aber mit der Achtung, die Deutschland im Rate der Völker genoß, wuchs auch der Neid, der sich steigerte zu ungeheurem Haß mit dem ausgesprochenen Ziel, Deutschland zu vernichten. Das deutsche Volk selbst blieb seiner überkommenen Sendung, Träger des idealistischen, heroischen Prinzips zu sein, nicht treu; es versank im Materialismus und verleugnete damit sein bestes Teil: die deutsche Seele. Zwar lohte die Flamme vaterländischer Begeisterung zu Beginn des großen Weltgeschehens noch einmal auf und der schon fast versiegte Born wuchs zum brausenden Strom. Von dunklen Mächten wurden seine Wasser jedoch vergiftet und seine Flut gebannt.

So folgte dem ersten glänzenden Versailles ein zweites, den Tagen des Glanzes und Glückes ein Tag größter Erniedrigung. Deutschlands Ehre wurde in den Staub getreten, seine Freiheit vernichtet und das deutsche Volk in Sklavenketten geschlagen. — Es kam ein Versailles so furchtbar, ein Zusammenbruch so abgrundtief, wie ihn nur je ein Volk erlebte. Aber noch immer kommt unser Volk nicht zur Besinnung, immer mehr verstrickt es sich in den Fesseln des Mammonismus und Materialismus. Ein einziger Blick in das Geschehen der Gegenwart lehrt uns, daß der Gedanke des Heldischen unserem Volke mit aller Gewalt entfremdet werden soll. Es ist nicht schwer die Frage zu beantworten, wohin der Weg führt, wenn z. B. Remarques „Im Westen nichts Neues" Allgemeingut unserer Jugend und die Auffassung Piscators, daß unsere Helden für einen Dreck gefallen seien, in ihrer ganzen Erbärmlichkeit sich weiter entfalten würde.

Was heute mehr denn je von allen Gliedern unseres Volkes verlangt werden muß, ist die Ehrfurcht vor dem Heldischen. In den Staub mit den Verrätern an der deutschen Sache, die es in nicht zu überbietender Würdelosigkeit wagen, das geheiligte Andenken an unsere toten Kameraden zu entweihen. Nur weil das Heldische, die Opferbereitschaft und Kameradschaft verachtet sind, weil wir glauben, daß dies alles einer versunkenen Zeit angehört, die durch neuzeitliche Errungenschaften überwunden ist, machen sich Eigennutz und Materialismus in immer zunehmenderem Maße breit. Das ewige Hin und Her des parteipolitischen Haders mit seinem Bruderzwist läßt unser Volk nicht zur Ruhe und zur Sammlung all seiner guten Kräfte kommen. Wer hört noch auf den Mahnruf E. M. Arndts: „Laßt brausen, was nur brausen kann in hellen, lichten Flammen! Ihr Deutschen alle, Mann für Mann, fürs Vaterland zusammen."

Und doch: Mag es auch zur Zeit dunkel in unserem Vaterlande aussehen, mögen Kleinmut und Verzagtheit auch die Oberhand gewonnen haben, so soll uns dies doch kein Grund sein, zu verzweifeln. Wir wollen und dürfen nicht irre werden an unserem Volke, das mehr als vier Jahre einer Welt von Feinden entschlossenen und eisernen Widerstand geleistet hat. Der heldische Gedanke ist mit dem deutschen Wesen unlösbar verknüpft, mag diese Tatsache auch von wehrfeindlichen und volksfremden Kräften bespöttelt und verleugnet werden. So gilt denn für uns auch heute noch das Wort Fichtes:

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An deines Volkes Auferstehn!
Laß diesen Glauben dir nicht rauben,
Trotz allem! allem! was geschehn.
Und handeln sollst du so, als hinge,
Von dir und deinem Tun allein,
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wär dein.

Trotz allen Liebeswerbens und glänzender Versprechungen, aber auch trotz unerträglicher Lasten, sind das Rheinland und alle ehemals besetzten Gebiete reichstreu geblieben; das deutsche Reich, das deutsche Volk ist eins. So soll uns denn um Deutschlands Zukunft nicht bange sein, denn: Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn ihr einig seid und treu. Das Bekenntnis zu einem freien, großen Deutschland von morgen, ist das schönste Treugelöbnis von uns alten Soldaten an unseren greisen Führer, Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Wenn wir uns mit allen unseren Kräften, mit Herz und mit Hand für die Wiedererstarkung unseres deutschen Volkes und Vaterlandes einsetzen, dann wird weder das zweite Verfallles, noch unsere heutige Reichsgründungsfeier umsonst gewesen sein. Dann wird es von unserem Vaterlande heißen: „Per aspera ad astra" — „Durch Nacht zum Licht"; dann werden wir auch wieder mit Stolz und Liebe singen: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. Mit einem von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Deutschland-Lied fand die von wahrhaft vaterländischem Geist durchwehte Ansprache ihren Abschluß.

Die Feier wurde umrahmt von Musik- und Einzelvorträgen, die nicht minder begeisterte Aufnahme fanden. Den Abschluß bildete der ebenso lehrreiche wie interessante Lichtbildvortrag des Kameraden Borges über die Seeschlacht am Skagerrak, dem die Anwesenden von Anfang bis zum Schluß mit unvermindertem Interesse folgten.

•

** **Arfeld.** Schlägerei. Nach Beendigung der am Sonntag begangenen Reichsgründungsfeier entstand zwischen einigen Burschen ein Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlauf dieses Streites wurde ein junger Mann, der den Streit schlichten wollte, schwer und zwei weitere Personen leicht verletzt. (Wittg. Kreisbl.)

— **Biedenkopf.** Vom Landratsamt wird dem Hinterl. Anzeiger folgendes mitgeteilt: Der Bericht im Hinterländer Anzeiger vom 17. Januar über den Brand des Hauses Roßbach in Wallau bedarf in zahlreichen Punkten der Berichtigung. Roßbach wurde nicht kurz nach dem Brande verhaftet, sondern er ist drei Stunden nach dem Ausbruch des Brandes und nach beendeter Ablöschung vorläufig festgenommen worden. Er ist nicht ungenügend bekleidet in den ungeheizten Raum des Obdachlosenheims gesperrt, sondern vollständig angezogen in die geheizte, für solche Zwecke bestimmte Polizeizelle, die von dem Obdachlosenheim getrennt ist, gebracht worden. Hierüber ist seine Frau bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit unmittelbar unterrichtet worden. Die vorläufige Festnahme war nach dem damaligen Stande der Ermittelungen begründet. Das Verhalten der Landjägereibeamten gegenüber Roßbach und seinen Angehörigen entspricht insofern den den Beamten gegebenen Anweisungen und ist einwandfrei. Die Aufregung unter der Bevölkerung Wallaus ist, wie an Ort und Stelle einwandfrei festgestellt werden konnte, auf andere Gründe zurückzuführen.

— **Friedensdorf.** Auf der vereisten Chaussee kam ein Personenkraftwagen ins Schleudern und überschlug sich. Der Unfall lief glimpflich ab, da der Kraftwagen nur verhältnismäßig geringe Beschädigungen erlitt.

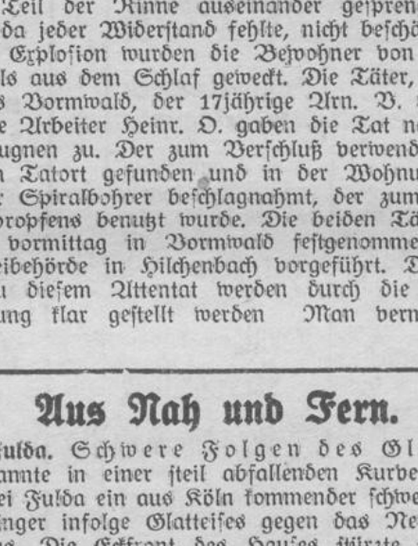
— **Vormwald.** Sprengstoffattentat. Am 18. ds. Mts. gegen 12 Uhr nachts wurde bei dem Landwirt Heinr. Kunze eine mit einer Zündschnur verbundene Sprengladung von unten her in die Dachrinne der Scheune geschoben und die Oeffnung mit einem Eichenholzkeil verschlossen, um so die Gewalt der Explosion zu verstärken. Glücklicherweise sprang der Propfen bei der Entzündung heraus und wurde nur ein Teil der Rinne auseinander gesprengt und die Scheune, da jeder Widerstand fehlte, nicht beschädigt. Durch die starke Explosion wurden die Bewohner von Vormwald größtenteils aus dem Schlaf geweckt. Die Täter, zwei junge Leute aus Vormwald, der 17jährige Arn. V. und der 16 Jahre alte Arbeiter Heinr. O. gaben die Tat nach anfänglichem Leugnen zu. Der zum Verschluß verwendete Holzkeil wurde am Tatort gefunden und in der Wohnung des V. wurde der Spiralbohrer beschlagnahmt, der zum Anbohren des Holzpropfens benutzt wurde. Die beiden Täter wurden Dienstag vormittag in Vormwald festgenommen und der Ortspolizeibehörde in Hilchenbach vorgeführt. Die Beweggründe zu diesem Attentat werden durch die gerichtliche Verhandlung klar gestellt werden Man vermutet einen Racheakt.

Aus Nah und Fern.

— **Fulda.** Schwere Folgen des Glatteises. Nachts rannte in einer steil abfallenden Kurve im Dorfe Neuhof bei Fulda ein aus Köln kommender schwerer Lastzug mit Anhänger infolge Glatteises gegen das Neuhöfer Gemeindehaus. Die Eckfront des Hauses stürzte infolge der Wucht des Anpralls vollständig ein und begrub eine direkt hinter der Wand schlafende Frau und ein Kind unter den Trümmern. Beide konnten alsbald gerettet werden. Die Fahrer kamen mit leichten Verletzungen davon. Wagen und Anhänger, die auf ihrer Fahrt auch einen Telegraphenmast zersplittert hatten, sind schwer beschädigt.

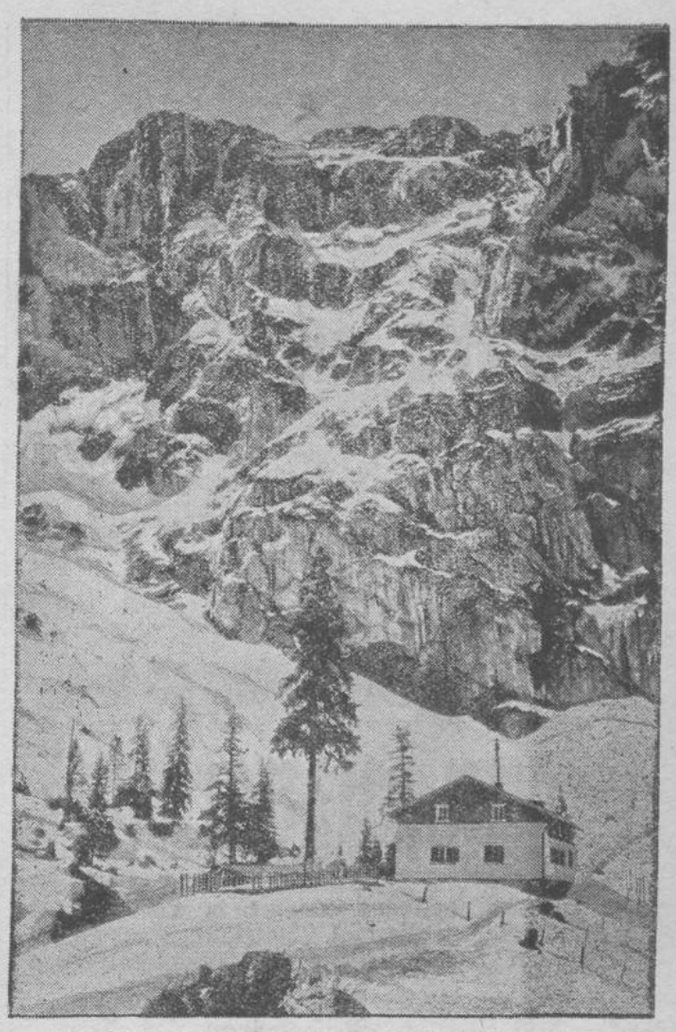
— **Eschwege.** Schrecklicher Tod einer Arbeiterfrau. Die 36 Jahre alte Frau eines Arbeiters aus Sontra war in ihrer zu ebener Erde gelegenen Wohnung in der Küche mit dem Fußboden eingebrochen und in den Keller hinabgestürzt. Dort fiel sie so unglücklich auf ein hochstehendes Brett, daß ihr der ganze Leib bis zur Brust aufgerissen wurde. Die bedauernswerte Frau starb im Krankenhause.

— **Sangerhausen.** Eine verhängnisvolle Ohrfeige. Hier gab ein Fleischermeister seinem 17 Jahre alten Lehrling eine Ohrfeige. Unglücklicherweise prallte der Junge dabei auf einen harten Gegenstand so heftig auf, daß er sich schwer verletzte und bald darauf im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.



Der Komponist des „Schwarzwaldmädels".

Leon Jessel, feiert am 22. ds. Mts. seinen 60. Geburtstag. Jessel gehört mit seinen vielen anderen Kompositionen zu den bekanntesten Operettenkomponisten.



Der Schauplatz des Lawinenunglücks bei Bad Tölz.

Blick auf die zerklüftete Benediktenwand im Karwendel-Gebirge. An einem Steilhang dieser Wand wurde eine Abteilung bayerischer Landespolizei bei einem Skikurs von einer gewaltigen Lawine überrascht, die 9 Mann in die Tiefe riß. Von den Verunglückten konnte nur ein einziger, und zwar der Führer der Abteilung, Oberleutnant Remold, lebend gerettet werden. Da infolge der vereisten Wege Hilfe erst nach Stunden zur Stelle war, müssen die übrigen Verschütteten verloren gegeben werden.

— **Saarbrücken.** Drei Kinder erstickt. 3 Kinder eines Bergmannsehepaares aus Dilsburg im Köllertal sind abends, während die Eltern Verwandte besuchten, bei einem Brande erstickt. Die Frau hatte das sieben Jahre alte Mädchen und die fünf und vier Jahre alte Jungen in dem neben der Küche liegenden Schlafraum zu Bett gebracht. Als die Eltern nach vierstündiger Abwesenheit heimkehrten, fanden sie die Wohnung dicht verqualmt. Wahrscheinlich haben am Küchenherd hängende Lappen Feuer verursacht.

— **München,** 21. Jan. Der letzte Teil der Zugspitzbahn. Der letzte Teil der bayerischen Zugspitzbahn, nämlich dae Seilbahn vom Schneefernerhaus nach der Bergstation wurde feierlich in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurde das neuerbaute Hotel Schneefernerhaus eröffnet, das 80 Gäste aufnehmen kann. Das Touristenhaus wird in den nächsten Wochen fertiggestellt. Es bietet Raum für 115 Gäste. Bei der Feier anläßlich der Eröffnung sprach Ministerialrat Hellmann als Vertreter der bayerischen Regierung und betonte, man könne das Wort prägen, daß niemand Bayern gesehen habe, der nicht die Zugspitzbahn gesehen habe.

— **München,** 21. Jan. Als Leichen geborgen. Den Rettungsexpeditionen bei dem Lawinenunglück auf der Benediktenwand gelang es, Mittwoch früh gegen 5 Uhr nach angestrengtester vielstündiger Tätigkeit die Leichen der sieben durch eine Lawine verschütteten Landespolizisten, zu finden. Die Arbeiten wurden während der Nacht bei regnerischem Wetter mit Scheinwerfern fortgesetzt. Man hatte schon Dienstag abend die traurige Gewißheit, daß die Verschütteten, die seit 3 Uhr nachmittag unter dem Schnee begraben waren, nicht mehr am Leben waren.

— **Wenn das wahr ist** ... Der „Oldenburger Residenzbote" schreibt in seiner Nr. 1426: Am vorigen Dienstag abend fand im Bremer „Casino" eine Protestversammlung des selbständigen Handwerks statt. In dieser Versammlung wurde öffentlich folgendes behauptet: „Das Warenhaus Karstadt (Karstadt-Konzern) hatte am 1. Januar beim Finanzamt eine Steuerschuld von 6 Millionen Mark und hat durch seinen Syndikus und Steuerkünstler erreicht, daß das Finanzamt diese Steuerschuld niedergeschlagen hat. Mit den erlassenen 6 Millionen Steuerschulden baut jetzt der Karstadt-Konzern sein großes Warenhaus in Bremen, das Grab vieler kleiner Geschäftsleute und Handwerksmeister." Man vergleiche damit den Artikel 164 der Verfassung des Deutschen Reiches, der lautet: „Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen." — Wann, wo und wie ist je einmal einem „Mittelständler" eine Steuerschuld erlassen worden, wenn er in bitterster Not war? Wann, wo und wie hat man je einmal einen Bauern geschont, wenn er ohne seine Schuld mit den Steuern in Verzug kam? — Rücksichtslos wird da gepfändet und versteigert. Der Karstadt-Konzern aber kann sich einen neuen Palast bauen, weil man ja gar nicht so ist.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Freitag: Wolkig bis bedeckt, zeitweise Niederschläge, wieder etwas milder, lebhafte südwestliche Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe
Von heute, 22. 1., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		+2° C
Barometerstand:	(gestern 772 mm)	772 mm
Feuchtigkeit der Luft:		95 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	+6° C
Niedrigste Temperatur	(„ „ „ „ „):	+2° C
Niederschlagsmenge	(„ „ „ „ „):	0,3 mm

Der Stahlhelm

Unerwartet verschied im Morgengrauen des 20. Januar in der Klinik zu Marburg im Alter von 32 Jahren unser Kamerad

Ernst Schröder

Mitkämpfer des großen Weltkrieges.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen lieben Kameraden, dessen Andenken wir über das Grab hinaus in alter Frontsoldatentreue in Ehren halten werden.

„Der Stahlhelm" B.d.F.
Ortsgruppe Laasphe.

Brennholzverkauf.

Dienstag den 27. Januar, vorm. von 9 Uhr ab werden im Gasthaus Wagner in Laaspherhütte aus den Forstorten Warthal, Winterkasten und Wolfskammer unter den üblichen Bedingungen öffentlich versteigert:

314 rm Buchen-Scheit- u. Knüppelholz
3,45 „ „ -Reiserknüppel
126 Haufen „ -Astreis
70 „ „ -Stammreis
0,70 rm Eichen-Knüppel
1,30 „ Nadelholz-Knüppel.

Ein Drittel des Steigerpreises ist im Termin anzuzahlen.

Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei Banfe.

Schützenverein „Edelweiß"

Bermershausen, Holzhausen, Saßmannshausen.

Unsere

Jahres-Hauptversammlung

findet am **Samstag den 24. d. Mts., abends 8 Uhr** beim Schützenbruder Weber in Saßmannshausen statt.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Universitätsbund.

Morgen, Freitag den 23. d. Mts., abends 8 Uhr in der Aula der Aufbauschule **Vortrag** von Priv.-Doz. Dr. Zechlin:

Das Problem des Staatsstreiches im Zeitalter Bismarcks u. Wilhelms II.

Eintritt für Nichtmitglieder 1.— RM.

Eisenbahnverein Erndtebrück und Umgegend.

Heute in der vierten Stunde starb plötzlich und unerwartet nach einer schweren Operation der

Lokführer

Hermann Franz

im Alter von 47 Jahren.

Er war ein treues und jederzeit hilfsbereites Mitglied unseres Vereins. Sein Name wird bei uns fortleben.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 24., um 15.15 Uhr in Müsen, Hauptstraße Nr. 110, der Geburtsstätte des Entschlafenen statt.

Dem Verstorbenen die letzte Ehre am Grabe zu erweisen, ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Erndtebrück, den 21. Januar 1931.

Der Vorstand.

Ach wie schön, ach wie schön
ist der Engel Lobgetön!
Hätt ich Flügel, hätt ich Flügel,
flög ich über Tal und Hügel,
heute noch nach Zions Höhn.

Statt Karten.

Gott dem Herrn hat es gefallen, heute morgen 3¾ Uhr meinen lieben Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwager u. Onkel, den

Lokomotivführer

Hermann Franz

im Alter von 47 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In tiefer Trauer:

Frau Herm. Franz geb. Schreiber
und Kinder.

Erndtebrück, Müsen und Köln-Kalk, den 21. Januar 1931.

Die Beerdigung findet Samstag nachm. 3¼ Uhr vom elterlichen Hause, Hauptstraße 110 in Müsen aus statt.

Freiwilliger Verkauf.

Am Samstag den 24. ds. Mts., vorm. 11 Uhr soll in der Gastwirtschaft Schäfer am Bahnhof Laasphe

ein Posten Cigarren

freiwillig versteigert werden.

Der Versteigerer.

Tapeten
Linoleum
Lacke
Farben
Karbolineum

erhalten Sie am besten, nach Angabe der Verwendungsart, beim Fachmann gestellt.

K. Kämmereit
Laasphe.

Bauschule
Rastede i. Oldbg.
von **C. Rhode,** zwei Semester Progr. frei.

Fußballverein Niederlaasphe

Am Donnerstag den 22. Jan 1931, abends 8½ Uhr findet im Vereinslokal Schreiber hierselbst eine

Monats-Versammlung

statt.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um rechtzeitig und vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

16 bis 28 Seiten täglich

RWZ RWZ RWZ

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Westfälische Zeitung Dortmund — Schriftleitung und Geschäftsstelle Hansastraße 9
Essener Zeitung Essen — Haupt-Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle Sachsenstraße 28
Rheinische Zeitung Duisburg — Schriftleitung u. Geschäftsstelle Friedrich-Albert-Lange-Platz 8

Das unabhängige, überparteiliche Organ der geistig hochstehenden Kreise Westdeutschlands.

Seit Anfang des Jahres um täglich 4 Seiten erweiterter provinzieller Teil.

Der Kunstteil ist zu einer besonderen ganzen Seite täglich ausgebaut.

Trotz Leistungs-Steigerung ist ab 1. April 1930 der BEZUGS-PREIS

auf Mk. 3.- pro Monat ermäßigt

worden (bisher Mk. 4,50).

Bestellungen nehmen der Verlag und die Postanstalten (Briefträger) entgegen.

Wünsche für kostenlosen Probebezug sind an den Verlag der RWZ in Essen zu richten.

RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ RWZ

Ilonas Befreiung

Kriminalroman von Hans Hyan.

7] Nachdruck verboten.

Soviel war Hugo jedenfalls nach endlosem Klingeln und Klopfen klar: es war kein Mensch in der Wohnung und Ilona war noch nicht zurückgekehrt.

Wie sie es in der vergangenen Nacht vereinbart hatten, setzte sich Hugo v. Zeinfeld, nachdem sich so seine ärgsten Befürchtungen bewahrheitet hatten, erneut mit Polizeileutnant Plessow in Verbindung. Dieser seinerseits suchte nun unmittelbar den Polizeikommissar Dr. Splitt auf und unterrichtete ihn von den ganzen Zusammenhängen und insbesondere den Mutmaßungen des unglücklichen Verlobten.

Eine Stunde später trat Hugo v. Zeinfeld in das Zimmer des Polizeikommissars.

„Ich bin bereits durch Herrn Plessow orientiert," sagte der Kommissar und bat Zeinfeld, Platz zu nehmen.

Dieser suchte etwas nervös, wohin er seinen Hut legen könnte, doch Dr. Splitt nahm ihm den Hut mit einem „Gestatten Sie gütigst!" aus der Hand und legte ihn neben sich auf den Tisch. Dann winkte er seinem Kriminalassistent Braun, der noch im Zimmer war, sich zu entfernen.

„Der Fall ist sehr eigentümlich." Der Kommissar sprach zunächst absichtlich kühl und geschäftsmäßig, um dem anderen Gelegenheit zu geben, seine Befangenheit loszuwerden. „Ich bin überzeugt: Unter dem Mannigfachen, was mir gerade in dieser Hinsicht über den Weg gelaufen ist, befindet sich nichts Aehnliches . . . Denn darüber, verehrter Herr v. Zeinfeld, darüber müssen wir uns klar werden: absolut gegen den Willen der beteiligten Dame ist solche Entführung nicht durchzusetzen."

Das klare, graue Auge Hugo v. Zeinfelds senkte sich und über das rittermäßig geschnittene Angesicht zogen Schmerz und Unwillen. Der Kommissar sah, daß diese rätselhafte Begebenheit sein Gegenüber bis ins Herz hinein traf.

„Was ich eben sagte, darf Sie nicht verletzen", fuhr der Kommissar nun rasch fort. „Eine gewaltsame Entführung ist bei einer erwachsenen Person schwer möglich, besonders unter diesen Umständen. Selbst wenn die Dame den Menschen nicht erkannt hat, als er ins Auto stieg, während der Fahrt mußte sie ihn doch erkennen! Und dann macht sie sich entweder schon während der Fahrt bemerklich, schlägt eine Scheibe ein, schreit oder lärmt sonst irgendwie, oder aber sie wird sich doch bestimmt beim Aussteigen wehren. Und die Betäubung durch irgendein Narkotikum, die fällt ebenfalls als untauglich fort. Betäubungsmittel, die ohne den Willen des Objektes, ohne ihm Gewalt anzutun, wirksam sind, die gibts nur in schlechten Kriminalgeschichten. Und nehmen wir selbst an, der Kerl hätte die Dame so auf diese Art betäubt, so müßte das doch der Chauffeur bemerkt haben — ein Droschkenchauffeur! Derselbe, mit dem Sie vorher gefahren sind, den Sie beim Ein- und Aussteigen mehrfach gesehen haben und den Sie zweifellos wiedererkennen . . . das ist sehr unwahrscheinlich! . . . Der Chauffeur könnte das Fräulein entführt haben, gewiß, möglich ist alles! Aber das wird sich, wie ich hoffe, sehr bald nachprüfen lassen . . . und . . . und glauben tu ich daran auch nicht . . Nein, hier muß eine ganz besondere und geheimnisvolle Verknüpfung von Umständen wirksam sein . . . Wahrscheinlich eine aus früherer Zeit herrührende Bekanntschaft mit dem Entführer selbst . . ."

Dem bei diesen Worten entrüstet auffahrenden Verlobten der Entführten legte der Kommissar begütigend die Hand auf den Arm:

„Ich bitte Sie, meine Worte rein als das zu betrachten, was sie sind, nämlich Vermutungen. Wir Kriminalisten sind doch gewissermaßen Aerzte, die irgendeinem in seinem Regelmaß gestörten, durch Verbrecherhand zerrissenen Lebensvorgang nachspüren, ihn aufklären und eventuell wieder richtigstellen sollen — da ist jede falsche Scham, jede allzugroße Rücksichtnahme vom Uebel . . . Wenn ich nicht frei heraus sagen darf, was ich denke, so kann ich Ihnen auch nicht helfen. Im Gegenteil: Sie, Herr v. Zeinfeld müssen mir durch eine uneingeschränkte Offenheit behilflich sein! Ihr Fall liegt so, daß meine Mühe nur dann Erfolg haben kann, wenn Sie selbst mir alles sagen, was Ihnen über das Vorleben von Fräulein Ilona Braczety bekannt ist . . . Zuvor aber" — Dr. Splitt drückte auf den Knopf des elektrischen Klingelapparates — „will ich mir Gewißheit zu verschaffen versuchen über die Person des Autoführers, der Sie und die Dame gefahren hat . . . Wo, wenn ich fragen darf, haben Sie gestern abend die Taxe gemietet?"

„Auf dem Viktoria-Luise-Platz . . . ich kam dort aus einer Weinstube."

Der Kriminalassistent Braun trat wieder ins Zimmer.

„Herr Kommissar?"

Dr. Splitt nickte:

„Einen Augenblick!"

„Noch eines," sagte da Herr v. Zeinfeld, „der Chauffeur war ein Holsteiner, ich erkannte ihn am Dialekt, weil ich selbst dort zu Hause bin."

„Danke . . . Also haben Sie gehört, Braun, Herr v. Zeinfeld hat um 10 etwa . . ."

„Ja, es schlug gerade zehn", nickte Hugo v. Zeinfeld.

„. . . also um zehn Uhr am Viktoria-Luise-Platz ein Auto genommen . . . Das müssen Sie, so schnell es geht, herausfinden!"

Der Beamte wiederholte kurz, machte kehrt und verließ das Zimmer.

„So, nun bitte, erzählen Sie mir in aller Ausführlichkeit, was Sie über Fräulein Braczety wissen!"

„Das ist leider gar nicht viel, Herr Doktor . . . Ich selbst kenne sie seit einem halben Jahr . . . Ich war bei ihrem Debüt im Goethe-Theater, wo sie in einer ganz minderen Rolle auftrat und mit dieser Winzigkeit das Publikum und die Presse derart hinriß . . . es war ja ein förmlicher Sturm damals in allen Zeitungen, sie bekam Angebote über Angebote, auch von den Staats-Theatern . . Aber vornehm und treu, wie in all ihrem Handeln, blieb sie bei ihrem Direktor . . . und war dabei nicht einmal kontraktisch gebunden."

„Verzeihung, Herr v. Zeinfeld, aber das interessiert mich erst in zweiter Linie . . . Sie sagten, daß Sie das Fräulein seit ihrem ersten Auftreten im Goethe-Theater kennen. War Ihre Bekanntschaft denn nun gleich derart, daß Ihnen eine gewisse Kontrolle über die Lebensführung über den Bekanntenkreis der Dame möglich war?"

(Forts. folgt.)